

IAB-KURZBERICHT

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

19|2025

In aller Kürze

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer länger anhaltenden rezessiven Phase. Die Fiskalpakete werden die Konjunktur aber beleben. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2025 um 0,2 Prozent und im Jahr 2026 um 1,1 Prozent steigen.
- Der Arbeitsmarkt wurde durch die schwache Konjunktur und die Transformationskrise beeinträchtigt. Eine wirtschaftliche Belebung wird die Entwicklung allerdings verbessern.
- Im Jahresdurchschnitt 2025 steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 10.000, im Jahr 2026 sinkt sie wegen der Arbeitskräfteverknappung um 20.000 Personen: Das Erwerbspersonenpotenzial wächst in diesem Jahr noch um rund 60.000 Personen, sinkt allerdings im kommenden Jahr um etwa 40.000 Personen.
- Die Zahl der Arbeitslosen nimmt dieses Jahr um 160.000 zu, im nächsten Jahr gibt es trotz sinkenden Verlaufs fast keine Änderung im Jahresdurchschnitt.
- Die meisten zusätzlichen Stellen wird es im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit geben. Für das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe erwarten wir im Prognosezeitraum einen Rückgang der Beschäftigtenzahl.
- Trotz eines kräftigen Anstiegs der Teilzeitquote nimmt die Arbeitszeit je Erwerbstätigen in beiden Prognosejahren wieder zu. Im Jahr 2026 ist der Anstieg vor allem auf einen positiven Kalendereffekt sowie auf höhere wöchentliche Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen.

IAB-Prognose 2025/2026

Fiskalpolitik stützt Konjunktur und Arbeitsmarkt

von Hermann Gartner, Timon Hellwagner, Markus Hummel, Christian Hutter, Benjamin Lochner, Susanne Wanger, Enzo Weber und Gerd Zika

Die deutsche Wirtschaft und der Arbeitsmarkt entwickeln sich seit drei Jahren schwach. Die Fiskalpakete werden die Konjunktur zwar beleben, die Beschäftigungsentwicklung stößt aber an Grenzen. Der Kurzbericht gibt einen Ausblick auf die Jahre 2025 und 2026.

Impulse von der Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer länger anhaltenden rezessiven Phase. Im vergangenen Jahr schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5 Prozent. Wenngleich sich zu Jahresbeginn 2025 noch eine Besserung abzeichnete und das BIP preis-, saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal um 0,3 Prozent wuchs, sank es im zweiten Quartal wieder um 0,3 Prozent. Inzwischen verbessern sich aber mehrere Vorlaufindikatoren. Wir erwarten für dieses Jahr ein Wachstum des BIP um

0,2 Prozent und mit einer anziehenden Konjunktur im nächsten Jahr ein Wachstum von 1,1 Prozent.

Die Weltwirtschaft ist weiter geprägt durch die Handelskonflikte mit den USA sowie durch verschiedene geopolitische Konflikte (Naher Osten, Ukraine). Dennoch gab es auch positive Impulse, da von vielen Zentralbanken wegen der niedrigeren Inflation die Leitzinsen gesenkt worden sind. Das Wirtschaftswachstum der USA nahm im zweiten Quartal mit 0,8 Prozent wieder Fahrt auf. Allerdings befinden sich die Konjunkturerwartungen für die USA im negativen Bereich. In China wuchs das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 1,1 Prozent und die Indikatoren zur Einschätzung der Konjunkturaussichten stagnierten im leicht positiven Bereich. In der Eurozone entwickelte sich die Wirtschaft im zweiten Quartal mit 0,1 Prozent schwächer als noch im Vorquartal (+0,6 %). Hier mussten die aktuellen Erwartungen für

die nächsten Monate einen Dämpfer hinnehmen, verbleiben jedoch deutlich im positiven Bereich. Die Weltwirtschaft dürfte auch im kommenden Jahr weiter expandieren.

Der konjunkturelle Rückschlag für die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal ist vor allem auf den Außenhandel zurückzuführen. Waren die Exporte im ersten Quartal 2025 preis-, saison- und kalenderbereinigt noch um 2,5 Prozent gestiegen, gingen sie im zweiten Quartal um 0,1 Prozent zurück. Diese Entwicklung war vom Zollkonflikt mit den USA geprägt: Zunächst wurde ein Teil der Exporte angesichts drohender Zölle vorgezogen, diese fehlten dann im zweiten Quartal (Bhakdi et al. 2025). Die Importe dagegen legten in den beiden Quartalen des ersten Halbjahres deutlich um jeweils 1,6 Prozent zu. Die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich zuletzt wieder etwas eingetrübt. Der erratische Außenhandel zeigt sich auch im Produzierenden Gewerbe: Dort stieg die Produktion im ersten Quartal 2025 noch an, hat zwischenzeitlich deutlich nachgelassen, aber zuletzt wieder angezogen. Die Auftrags-eingänge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe gaben zuletzt wieder nach, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch angestiegen waren. Insgesamt dürfte der Außenhandel in diesem Jahr weiterhin nur wenig vom Wachstum der wichtigen Handelspartner profitieren. Sofern die vereinbarte Zolleinigung bestehen bleibt und die Handelspolitik damit zuverlässiger wird, ist für das nächste Jahr zu erwarten, dass die Exporte wieder mehr zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Firmen, die von den Zöllen betroffen sind, passen sich zum Teil an und versuchen andere Absatzmärkte zu nutzen.

Die Investitionen waren im zweiten Quartal 2025 mit einem Anstieg um 0,9 Prozent eine Konjunkturstütze – im ersten Quartal waren sie noch um 1,7 Prozent gesunken. Zum Anstieg beigetragen haben vermehrte Investitionen in sonstige Anlagen (+1,2 %) sowie positive Vorratsveränderungen (+0,5 %), wohingegen sowohl die Investitionen in Bauten (–2,1 %) als auch in Ausrüstungen (–1,9 %) deutlich sanken. Die Finanzierungsbedingungen für Investitionen haben sich aufgrund der Leitzinssenkungen wieder etwas verbessert. Doch Unsicherheit über die weitere Transformations- und Klimapolitik sowie die Zollpolitik haben die

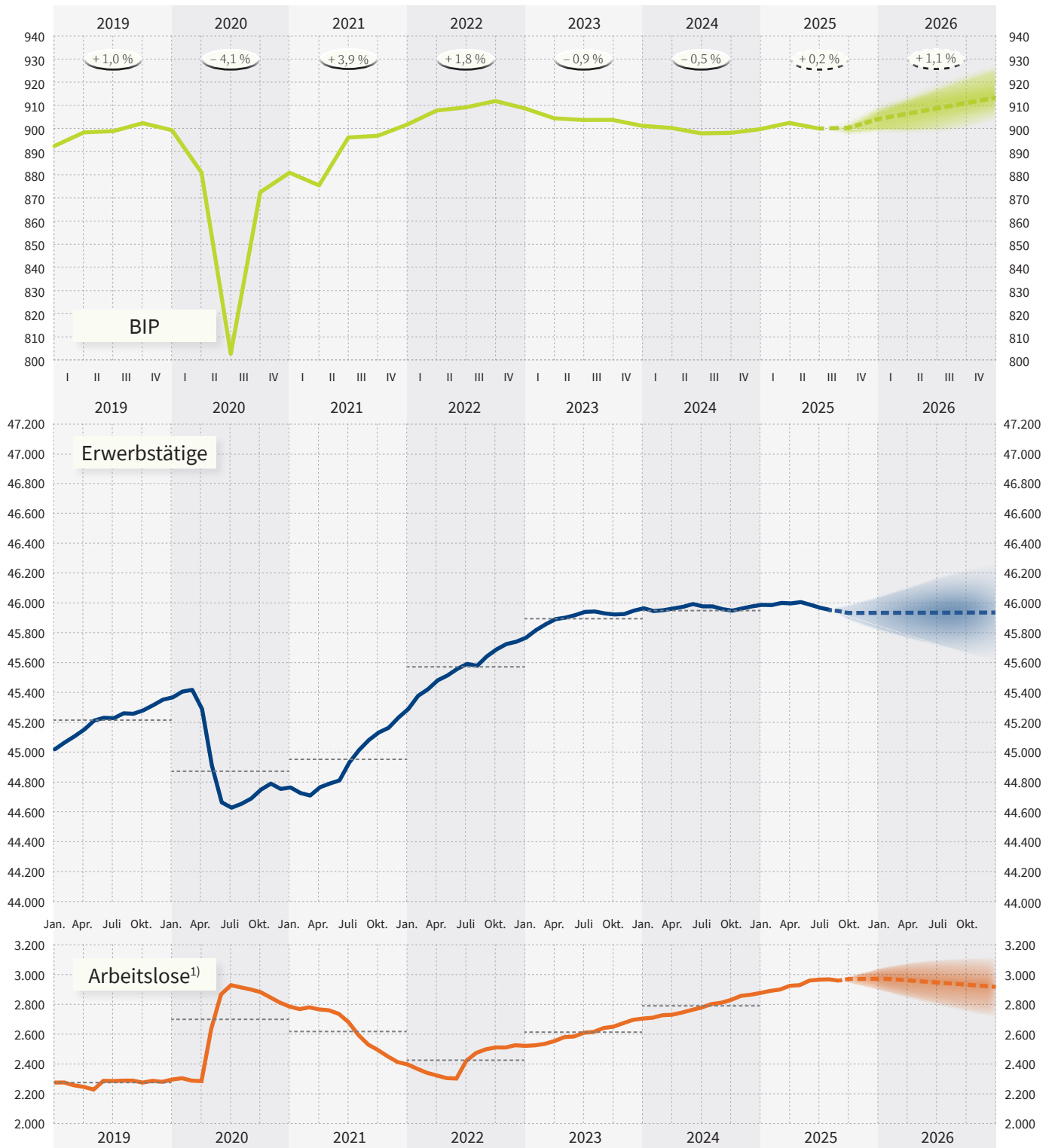
Investitionsneigung belastet. Das Geschäftsklima der Investitionsgüterhersteller ist nach wie vor schwach, verbesserte sich im August aber deutlich. Auch die Baukonjunktur, die während der Phase hoher Inflation und Zinsen starke Nachfrageeinbrüche zu verzeichnen hatte, bleibt schwach. Die Produktion im Bauhauptgewerbe hat jedoch zuletzt wieder etwas angezogen. Die Auftrags-eingänge haben hier zwar im August gegenüber dem Vormonat wieder nachgegeben, sind aber weiter über dem Vorjahresniveau. Die Baugenehmigungen sind nach einem mehrjährigen Rückgang dieses Jahr wieder gewachsen, wenngleich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe noch im Minus bleibt. Für dieses Jahr gehen wir davon aus, dass die Investitionen sich nur wenig erholen. Die wirtschaftspolitischen Impulse – vor allem durch das Sondervermögen und die gelockerte Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben – werden im kommenden Jahr zunehmend wirksam. Insbesondere die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und die Senkung der Energiekosten dürften die Investitionen beleben.

Die Konsumausgaben stiegen im zweiten Quartal um 0,3 Prozent und haben damit die Konjunktur wie schon in den Vorquartalen gestützt. Einen großen Anteil daran hatten die Konsumausgaben des Staates, welche um 0,8 Prozent zulegten. Der private Konsum dagegen wuchs nur um 0,1 Prozent. Die Sparneigung bleibt hoch, sodass die Konsumnachfrage nur schwach von Einkommenssteigerungen profitiert. Dennoch stieg der reale Umsatz im Einzelhandel und befindet sich mittlerweile auf dem höchsten Stand seit über drei Jahren. Der Konsumklimaindex hatte sich seit seinem Tief im Jahr 2022 langsam erholt, gab allerdings zuletzt wieder etwas nach. Die Gewerkschaften konnten in den vergangenen Tarifverhandlungen oft kräftige Nominallohnerhöhungen durchsetzen, wodurch die Realeinkommen entsprechend angestiegen sind. Gleichwohl liegen die Reallöhne immer noch unter Vor-Corona-Niveau. Aktuell scheint ein nachzuholender Inflationsausgleich bei den Lohnverhandlungen kaum mehr eine Rolle zu spielen. Da zudem die Arbeitslosigkeit gewachsen ist, dürften die Nominallöhne nun wieder weniger steigen, sodass kräftige Anstiege der Kaufkraft nicht mehr zu erwarten sind. Daher gehen wir für das kommende Jahr trotz der erwarteten fiskalpolitischen

Entwicklungstendenzen von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitsmarkt in Deutschland 2019 bis 2026

BIP in Mrd. Euro (preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte)
Erwerbstätige und Arbeitslose in 1.000 (saisonbereinigte Monatswerte)

BIP Erwerbstätige Arbeitslose
Ist-Entwicklung Modellprognose Prognoseintervall Jahresdurchschnitte
+ / - % Veränderung der Ursprungswerte gegenüber Vorjahr



¹⁾ Prüfkativitäten zum Arbeitsvermittlungstatus von Arbeitslosengeld-II-Berechtigten wirkten sich im zweiten Quartal 2019 erhöhend auf die Arbeitslosenzahlen aus.

Anmerkung zu den Prognoseintervallen: Zu jedem Zeitpunkt wird der realisierte Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 innerhalb des Bandes liegen. Also wird beispielsweise die Erwerbstätigkeit im Juni 2026 mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 zwischen 45,76 Mio. und 46,20 Mio. Personen liegen.

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand September 2025.

Maßnahmen von nur schwachen Impulsen vom Konsum aus.

Angesichts der Ausgangslage ist bis zum Ende dieses Jahres lediglich von einer leichten Verbesserung der Konjunktur auszugehen. 2026 dürfte das deutsche BIP wieder etwas stärker steigen, auch wenn aufgrund der strukturellen Transformationsbedingten Belastungen kräftige Impulse ausbleiben. Insgesamt erwarten wir für 2025 einen Anstieg des realen BIP um 0,2 Prozent (Prognoseintervall $\pm 0,2$ %-Punkte; Kalendereffekt $-0,1$ %-Punkte). Für 2026 prognostizieren wir eine

Zunahme der Wirtschaftsleistung um 1,1 Prozent (Prognoseintervall $\pm 1,2$ %-Punkte; Kalendereffekt $0,3$ %-Punkte).

Die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt seit 2019 und die Prognosewerte sind in Abbildung A1 dargestellt und in Tabelle T1 zusammengefasst. Wirtschaftsprognosen weisen grundsätzlich beträchtliche Unsicherheiten auf, die durch die Prognoseintervalle verdeutlicht werden. Eine erneute Eskalation von Handelskonflikten oder weitere geopolitische Spannungen stellen für Deutschland aufgrund der starken Export-

T1

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2019 bis 2026

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Prognose 2025	Prognose 2026
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften								
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt								
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,0	- 4,1	+ 3,9	+ 1,8	- 0,9	- 0,5	+ 0,2	+ 1,1
Stundenproduktivität								
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,3	- 1,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
Arbeitsvolumen								
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,3	- 4,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,5
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit								
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,6	- 4,3	+ 2,1	+ 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5
Erwerbstätige	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	- 0,7	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 413	- 325	+ 75	+ 588	+ 306	+ 52	- 18
	Jahresdurchschnitte in 1.000	45.291	44.966	45.041	45.629	45.935	45.987	45.992
	davon: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000	33.518	33.579	33.897	34.507	34.790	34.934	35.020
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 554	+ 61	+ 318	+ 610	+ 283	+ 144	+ 42
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1
B. Das Angebot an Arbeitskräften								
Erwerbspersonenpotenzial¹⁾ Jahresdurchschnitte in 1.000	47.521	47.461	47.583	47.976	48.364	48.579	48.634	48.599
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 223	- 60	+ 122	+ 393	+ 388	+ 215	+ 55	- 35
C. Die Arbeitsmarktbilanz								
Arbeitslose	Jahresdurchschnitte in 1.000	2.267	2.695	2.613	2.418	2.609	2.787	2.943
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 73	+ 429	- 82	- 195	+ 191	+ 178	+ 159
	Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	5,0	5,9	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3
	davon: SGB III in 1.000	827	1.137	999	808	875	980	1.074
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 25	+ 310	- 138	- 191	+ 66	+ 105	+ 119
	SGB II in 1.000	1.440	1.559	1.615	1.610	1.734	1.807	1.869
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 98	+ 119	+ 56	- 5	+ 124	+ 73	+ 40
	Anteil SGB II in %	63,5	57,8	61,8	66,6	66,5	64,8	63,5
Stille Reserve	Veränderung gegenüber Vorjahr in %-Punkten	- 2,2	- 5,7	+ 4,0	+ 4,8	- 0,1	- 1,6	- 2,1
	Jahresdurchschnitte in 1.000	980	983	1.025	992	1.087	1.102	1.026
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 99	+ 3	+ 42	- 33	+ 95	+ 15	- 76
	davon: Stille Reserve im engeren Sinn	196	311	387	335	351	406	483
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 80	+ 116	+ 75	- 52	+ 16	+ 55	+ 21
	Stille Reserve in Maßnahmen	784	672	638	657	735	695	543
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 19	- 112	- 34	+ 19	+ 78	- 40	- 96

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande. Aktualisierung der Zeitreihen ab 1991 aufgrund der VGR-Generalrevision 2024.

¹⁾ Das Erwerbspersonenpotenzial setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen nach ILO und Stiller Reserve (inkl. arbeitsuchender Nichterwerbspersonen).

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand September 2025. © IAB

abhängigkeit Risiken dar. Auch steigende Zinsen aufgrund der zunehmenden Staatsverschuldung vieler Länder können stärkere Wirkung zeigen. Dann wäre ein Ergebnis im unteren Band des BIP denkbar. Chancen ergeben sich bei einer schnelleren Belebung des Konsums oder der Investitionen oder bei einer dynamischeren Erholung des Außenhandels, wodurch eine Entwicklung im oberen Band möglich wäre.

Arbeitsmarkt stößt an Grenzen

Der zähe Wirtschaftsabschwung hat die Arbeitsmarktentwicklung gedämpft. Seit Mitte 2022 nimmt die Arbeitslosigkeit zu (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2025), die Beschäftigung steigt kaum noch; sie hält sich gemessen an der negativen Konjunktur insgesamt dennoch vergleichsweise gut.

In der Tat reagiert die Erwerbstätigkeit in Deutschland seit der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 wesentlich robuster auf konjunkturelle Schwankungen als in den Zeiten davor (Klinger/Weber 2020). Angesichts von Arbeitskräfteknappheit versuchen viele Betriebe, ihre Beschäftigten selbst in konjunkturellen Schwächephasen zu halten. Dies wird aber in Frage gestellt, wenn Zukunftsperspektiven wie in vielen Teilen der Industrie unklar sind.

Seit dem Frühjahr 2022 flachte die Beschäftigungsentwicklung immer weiter ab. Der Grund dafür liegt in dem lang anhaltenden Wirtschaftsabschwung nach Beginn der Energiekrise und in der Transformationskrise der Industrie. Tatsächlich haben nach Einschätzung der Arbeitsagenturen zunehmend strukturelle Ursachen für die Arbeitsmarktentwicklung an Bedeutung gewonnen und betroffen sind vor allem kleinere Betriebe (Hutter/Weber 2025).

Für den Beschäftigungsaufschwung seit Mitte der 2000er Jahre waren Faktoren wie ein steigendes Arbeitskräfteangebot, eine höhere Matchingeffizienz und eine höhere Bereitschaft, Stellen zu schaffen, relevant, die neben der Konjunktur den Arbeitsmarkt beeinflussten (Hutter et al. 2022). Mehrere dieser arbeitsmarktspezifischen Faktoren haben sich zuletzt abgeschwächt. So nimmt das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2026 erstmalig ab, was die Möglichkeiten für einen Beschäftigungsaufbau im Vergleich zu früheren Rekordsteigerungen stark

begrenzt. Auch wenn im Bestand noch vergleichsweise viele Stellen offen sind, melden die Unternehmen historisch wenige neue Stellen. Zudem haben sich die Jobchancen von Arbeitslosen nicht wieder verbessert, nachdem sie mit Pandemiebeginn 2020 und im Jahr 2022 eingeknickt waren. Entsprechend liegt die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich über dem Vor-Corona-Niveau, hier zeigen sich Verfestigungstendenzen.

Dies spiegelt sich vor allem in der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten, die ebenfalls deutlich über dem Stand von 2019 liegt. Der Mismatch zwischen den Qualifikationsniveaus der Arbeitslosen und den Anforderungsniveaus der Stellen hat seit Corona zugenommen. Das Entlassungsrisiko ist im langjährigen Vergleich noch immer niedrig, zum Beispiel auch geringer als vor der Corona-Krise. Über den Wirtschaftsabschwung hinweg hat sich die Zahl der Beschäftigten, die arbeitslos werden, dennoch klar erhöht.

Die Beschäftigungsentwicklung zeigt sich zerteilt: einerseits schrumpfende Beschäftigung in Branchen wie Industrie, Bau und Zeitarbeit, andererseits wachsende Beschäftigung in Branchen wie Pflege, Gesundheit und Erziehung. Aufgrund dieser gegenläufigen Trends, der erwarteten Stabilisierung der Konjunktur und der Begrenzung durch das Erwerbspersonenpotenzial gehen wir davon aus, dass sich für die Erwerbstätigkeit eine flache Entwicklung ergibt (vgl. Abbildung A1). Laut IAB-Arbeitsmarktbarmeter hat sich der zuvor stark pessimistische Ausblick für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit deutlich verbessert. Dennoch deutet es kurzfristig auf keine wesentlichen Beschäftigungssteigerungen hin.

Für den Jahresdurchschnitt 2025 rechnen wir damit, dass die Zahl der Erwerbstätigen um 10.000 Personen zunehmen wird (Prognoseintervall ± 30.000). Im nächsten Jahr erwarten wir wegen der Arbeitskräfteverknappung einen Rückgang um 20.000 Personen (Prognoseintervall ± 220.000). Die Zahl der Arbeitslosen steigt 2025 um 160.000 Personen (Prognoseintervall ± 20.000). Im Jahresverlauf 2026 gibt es der Prognose zufolge dann erstmals wieder Rückgänge. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr aber fast keine Änderung (Prognoseintervall ± 140.000); zum Jahresende 2026 wird ungefähr der Stand vom Jahresbeginn 2025 erreicht.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst nur noch schwach

Im Jahr 2024 waren 34,93 Millionen Personen beziehungsweise 76 Prozent der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die schwache Konjunktur der vergangenen drei Jahre hinterlässt deutliche Spuren. Die regelmäßig kräftigen Zuwächse des vorigen Jahrzehnts werden aktuell nicht mehr erreicht: Für dieses und kommendes Jahr prognostizieren wir vergleichsweise schwache Anstiege um jeweils 40.000 auf 34,98 Millionen beziehungsweise 35,02 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Trotz der erwarteten konjunkturellen Verbesserung sind 2026 aufgrund des begrenzten Arbeitsangebots keine größeren Sprünge möglich. Dennoch markiert die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung damit im Prognosezeitraum neue Höchststände. Die Anstiege beruhen in beiden Prognosejahren allein auf der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung, wohingegen die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung sinkt.

4,85 Millionen Personen beziehungsweise fast 11 Prozent der Erwerbstätigen gehörten 2024 zur Gruppe der marginal Beschäftigten.¹ Tendenziell ist nach dem Ende der Corona-Krise die Zahl dieser Beschäftigten leicht gestiegen. Allerdings gibt

es nun wieder Anzeichen, dass die Entwicklung an den jahrelang sinkenden Vor-Corona-Trend anknüpft. Wir erwarten für 2025 einen Rückgang um 20.000 auf 4,83 Millionen marginal Beschäftigte. 2026 sinkt ihre Zahl voraussichtlich um weitere 30.000 auf dann 4,81 Millionen Personen.

Mit 3,70 Millionen Personen waren im Jahr 2024 8 Prozent der Erwerbstätigen Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige. Ihre Zahl ist seit 13 Jahren rückläufig. Der Trend dürfte zum Teil demografisch zu erklären sein, die Selbstständigkeit scheint aber generell an Attraktivität einzubüßen. Zudem sind sowohl die Einschätzungen der Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für Selbstständige aktuell nicht gut. Für den Jahresschnitt 2025 und 2026 erwarten wir Rückgänge um jeweils 40.000 auf 3,66 beziehungsweise 3,62 Millionen Personen. Damit wird der tiefste Stand seit 1992 erreicht.

Knapp 5 Prozent der Erwerbstätigen waren im Jahr 2024 Beamtinnen oder Beamte. Seit dem Tiefstand von 2016 steigt ihre Zahl wieder langsam an. Aufgrund der politischen Prioritäten für die äußere

¹ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs) werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den marginal Beschäftigten zusammengefasst. Die Zeitreihe wurde im Zuge der VGR-Generalrevision 2024 aktualisiert (Wanger et al. 2024).

Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen 2021 bis 2026

Jahresdurchschnittlicher Bestand 2021; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr absolut und in Prozent

	2021	2022		2023		2024		Prognose 2025		Prognose 2026	
	Bestand	Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	359	1	0,35	- 4	- 1,25	- 1	- 0,21	- 2	- 0,54	- 2	- 0,43
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	7.838	28	0,36	34	0,44	- 49	- 0,62	- 132	- 1,68	- 74	- 0,96
Baugewerbe	2.160	31	1,45	15	0,67	- 23	- 1,03	- 12	- 0,57	3	0,12
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	9.084	171	1,88	65	0,71	14	0,15	- 13	- 0,13	- 14	- 0,15
Information und Kommunikation	1.312	83	6,33	48	3,42	7	0,50	0	0,01	3	0,20
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	959	- 11	- 1,12	0	- 0,05	12	1,27	17	1,75	3	0,30
Grundstücks- und Wohnungswesen	429	12	2,80	5	1,08	2	0,50	4	0,98	4	0,83
Unternehmensdienstleister	5.307	135	2,54	75	1,37	- 12	- 0,21	- 47	- 0,86	- 37	- 0,68
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	11.076	189	1,71	112	0,99	163	1,43	210	1,82	129	1,10
Sonstige Dienstleister	2575	30	1,16	33	1,27	21	0,79	24	0,89	8	0,29
Gesamt	41.097	670	1,63	381	0,91	135	0,32	49	0,12	23	0,05

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen; Stand September 2025.

re und innere Sicherheit rechnen wir mit einem Stellenaufbau im Bereich der Verteidigung und des Grenzschutzes. Für 2025 und 2026 prognostizieren wir jeweils weitere Zuwächse um 10.000 Beamtinnen und Beamte.

Produzierendes Gewerbe weiterhin unter Druck

Die Entwicklung über die Wirtschaftsbereiche ist heterogen. So baut einerseits vor allem das Produzierende Gewerbe Beschäftigung ab, andererseits baut hauptsächlich der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit Beschäftigung auf (vgl. Tabelle T2).

Die wirtschaftlichen Umbrüche infolge der Zeiten- und Energiewende in Verbindung mit einem schwachen Außenhandel aufgrund der US-amerikanischen Zollpolitik setzen das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe unter Druck und führen zu einer sinkenden Beschäftigung. Für 2025 erwarten wir im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe einen starken Rückgang von –130.000 Beschäftigten. Die Lockerung der Schuldenbremse ermöglicht nun zwar steigende Verteidigungsausgaben, diese kommen jedoch allein der Rüstungsindustrie und deren Zulieferbranchen zugute. Daher rechnen wir für 2026 weiterhin mit einem Beschäftigungsrückgang, der jedoch mit –70.000 Personen etwa halb so hoch wie 2025 ausfällt.

Das Baugewerbe, das Teil des Produzierenden Gewerbes ist, profitiert vom Sondervermögen, das steigende Ausgaben für die Infrastruktur ermöglicht. Hinzu kommt, dass weiterhin eine hohe Nachfrage nach Wohnraum besteht. Daher rechnen wir hier nach einem Minus von 10.000 Beschäftigten im Jahr 2025 für 2026 mit einer Erholung und im Jahresverlauf leicht steigender Beschäftigung. Aufgrund des statistischen Unterhangs ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2026 trotzdem nur eine positive Null.

Die Unternehmensdienstleister entwickelten sich uneinheitlich: Zwar nahm die Beschäftigung bei den Arbeitnehmerüberlassungen ab, die anderen wirtschaftlichen Unternehmensdienstleister bauten jedoch Beschäftigung auf, sodass 2024 in diesem Wirtschaftsbereich die Beschäftigung insgesamt nur leicht sank. Für dieses und das kommende Jahr erwarten wir, dass der Beschäf-

tigungsabbau bei der Arbeitnehmerüberlassung weitergehen wird und die anderen wirtschaftlichen Unternehmensdienstleister lediglich wenig Beschäftigung aufbauen werden. Dadurch ergeben sich Beschäftigungsrückgänge in Höhe von –50.000 (2025) und –40.000 Personen (2026).

Der von der Corona-Krise stark betroffene Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe befand sich zuletzt noch in einem Aufholprozess. Dieser scheint nun weitgehend abgeschlossen zu sein. Seit Mitte 2024 sinkt die Beschäftigung aufgrund der Konsumschwäche wieder moderat. Auch für 2025 und 2026 rechnen wir daher mit weiteren leichten Beschäftigungsrückgängen (jeweils –10.000 Personen).

Dagegen steigt im ebenfalls stark von der Corona-Krise betroffenen Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen seit 2022 die Beschäftigung kontinuierlich, weshalb wir hier mit +20.000 (2025) und +10.000 Personen (2026) einen weiteren Beschäftigungsaufbau erwarten.

Mit einem jährlichen Beschäftigungszuwachs von +210.000 Personen in diesem und +130.000 Personen im kommenden Jahr ergeben sich für den Wirtschaftsbereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit weit überproportionale Zuwächse – was hauptsächlich am Ausbau der Kindertagesbetreuung und an der Alterung der Gesellschaft liegt.

Die Finanz- und Versicherungsbranche baute im Zuge der Digitalisierung und aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen im Bankensektor seit 2015 fast durchweg Beschäftigung ab. Seit Ende 2023 ist dieser Trend gestoppt und die Beschäftigtenzahlen steigen wieder. Für 2025 rechnen wir mit einer weiteren moderaten Zunahme um +20.000 und für 2026 mit einer positiven Null.

Seit 2015 erzielte der Bereich Information und Kommunikation die prozentual höchsten Beschäftigungsgewinne. Seit Beginn des Jahres 2023 wächst dieser Bereich jedoch allenfalls moderat. Offensichtlich schreitet nun auch hier die Automation voran, beispielsweise durch Künstliche Intelligenz, und dominiert den Trend, Produktions- und Dienstleistungsprozesse stärker zu vernetzen und zu digitalisieren. Zudem ist dieser Bereich von Fachkräftengpässen gekennzeichnet. Daher rechnen wir für beide Prognosejahre nur noch mit einer Stagnation.

Erholung der SGB-III-Arbeitslosigkeit in Sicht

Im Rechtskreis SGB III, dem Versicherungssystem, sind vor allem Personen erfasst, die ihre Beschäftigung erst kürzlich verloren haben. Im Allgemeinen sind SGB-III-Arbeitslose formal besser qualifiziert und stehen dem ersten Arbeitsmarkt näher als SGB-II-Arbeitslose. Dem Rechtskreis SGB II, der Grundsicherung, gehören oft Personen an, die durchschnittlich schon länger ohne Beschäftigung sind. Zudem befinden sich dort Personen, die zum Beispiel wegen zu kurzer Beschäftigungszeiten keine Ansprüche an die Versicherung erworben haben.

Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwarten wir, dass die Zahl der SGB-III-Arbeitslosen 1,10 Millionen beträgt – etwa 120.000 mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle T1). Rund die Hälfte dieses Anstiegs ist auf einen statistischen Überhang aus 2024 zurückzuführen. Für das letzte Quartal 2025 erwarten wir, dass die Zahl der SGB-III-Arbeitslosen zu sinken beginnt. Mit der Konjunkturbelebung dürfte sich dieser Rückgang 2026 deutlicher fortsetzen. Insgesamt prognostizieren wir für 2026 ein Minus von etwa 30.000 auf dann im Jahresdurchschnitt rund 1,07 Millionen Personen.

Für den SGB-II-Bereich erwarten wir, dass die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2025 um rund 40.000 Personen auf 1,85 Millionen ansteigt. Dieser im Vergleich zum SGB-III-Bereich geringere Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Zahl der SGB-II-Arbeitslosen oft schwächer auf konjunkturelle Entwicklungen reagiert, da die SGB-II-Arbeitslosen dem Arbeitsmarkt weniger nahestehen. Dies gilt dann im umgekehrten Sinne auch für die Entwicklung 2026: Trotz konjunktureller Erholung erwarten wir, dass die SGB-II-Arbeitslosigkeit um weitere 20.000 Personen zunimmt. Zwar sorgt die konjunkturelle Verbesserung für eine Entlastung. Demgegenüber steht jedoch ein starker Rückgang von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im SGB-II-Bereich. Teilnehmende an solchen Maßnahmen gelten nicht als arbeitslos, sondern werden der Stillen Reserve oder teils den Erwerbstätigen zugerechnet. Die Folge ist, dass die SGB-II-Arbeitslosigkeit statistisch weniger entlastet wird.

Ein aktueller Referentenentwurf sieht vor, dass ab April 2025 eingereiste ukrainische Geflüchtete nicht mehr dem SGB II, sondern dem Asylbewerberleistungsgesetz zugeordnet werden. Arbeitslose aus dieser Gruppe werden künftig in die SGB-III-Statistik fallen. Dieses Jahr gab es bis April monatlich rund 6.600 Zugänge von ukrainischen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Etwa 40 Prozent der gesamten Gruppe waren arbeitslos. Durch die Neuregelung dürfte sich im Jahresdurchschnitt 2026 eine Umschichtung vom SGB-II- in den SGB-III-Rechtskreis im niedrigen Zehntausenderbereich ergeben.

Stille Reserve im engeren Sinn nimmt zu

Zur Stillen Reserve im engeren Sinn zählen insbesondere Personen, die im Moment nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle suchen, aber bei besserer Arbeitsmarktlage oder unter geeigneteren persönlichen Umständen wie einer passenden Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen eine Arbeit aufnehmen würden. Entmutigte oder dem Arbeitsmarkt aus Altersgründen schon fernstehende Personen sehen bei der derzeitigen Lage nur geringe Chancen auf eine Beschäftigungsmöglichkeit. Wir rechnen für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Stillen Reserve im engeren Sinn um durchschnittlich 20.000 und für 2026 um 60.000 Personen.

Die Stille Reserve in Maßnahmen umfasst Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die aber nicht – wie beispielsweise Beschäftigte mit Ein-Euro-Jobs oder im sozialen Arbeitsmarkt – erwerbstätig sind. Bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung erwarten wir einen moderaten Anstieg im Prognosezeitraum. Die Zahl der Personen über 58 Jahre, die aufgrund des § 53a Abs. 2 SGB II nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen, weil sie seit mehr als einem Jahr kein Angebot auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten haben, sinkt kontinuierlich, da diese Sonderregelung zum Jahresende 2022 ausgelaufen ist. Auch die Teilnahme von Geflüchteten an Sprach- und Integrationskursen ist im Prognosezeitraum rückläufig. In der Summe gehen wir davon aus, dass die Stille Reserve in Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2025 um 100.000 und im Folgejahr um weitere 60.000 abnimmt. Sie beträgt dann durchschnittlich 540.000 Personen.

Somit sinkt die gesamte Stille Reserve in diesem Jahr um 80.000 Personen und bleibt im nächsten Jahr konstant bei einem Jahresdurchschnitt von 1,03 Millionen.²

Demografischer Wandel reduziert das Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials

Die Summe aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Stiller Reserve wird als Erwerbspersonenpotenzial bezeichnet. Dessen Veränderung lässt sich auf das Zusammenwirken unterschiedlicher Einflussfaktoren – den demografischen Effekt, den Wanderungseffekt sowie den Verhaltenseffekt – zurückführen.

Im Prognosezeitraum nimmt der demografische Wandel weiter an Fahrt auf und steht einem anhaltenden Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials immer stärker entgegen. Für 2025 erwarten wir einen demografisch bedingten Rückgang um 450.000 Personen, für 2026 bereits um 470.000 Personen.

Nachdem die Nettomigration 2024 im langjährigen Vergleich immer noch ein hohes Niveau erreichte, zeigen die bis Mai 2025 vorliegenden monatlichen Zahlen aus der Wanderungsstatistik einen rückläufigen Trend. Vor diesem Hintergrund nehmen wir für dieses Jahr eine Nettomigration von 270.000 Personen sowie für das kommende Jahr von 230.000 Personen an. Die Wanderungssalden bilden dabei nicht nur die Erwerbsmigration, sondern das gesamte Wanderungsgeschehen zwischen Deutschland und anderen Staaten ab und umfassen damit etwa auch Personen, die verzögert in den Arbeitsmarkt eintreten. Infolgedessen wächst das Erwerbspersonenpotenzial 2025 durch den Wanderungseffekt um 260.000 Personen und im Jahr 2026 um 190.000 Personen.

Weiterhin tragen auch steigende Beteiligungsquoten zum Wachstum des Arbeitskräfteangebots bei, insbesondere unter Frauen und Älteren. Für das Jahr 2025 erwarten wir aufgrund des Verhaltenseffekts 250.000, für das kommende Jahr 240.000 zusätzliche Erwerbspersonen.

Das Zusammenwirken dieser drei Komponenten lässt das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2025 zwar nochmals verhalten wachsen, im Jahr 2026 aber bereits leicht schrumpfen. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwarten wir einen Anstieg um rund 60.000 auf 48,63 Millionen Personen, für den Jahresdurchschnitt 2026 einen Rückgang um etwa 40.000 auf 48,60 Millionen Personen. Der demografische Wandel bremst das Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials dabei nicht nur aus, sondern sorgt in Kombination mit der unterstellten rückläufigen Nettomigration bereits ab dem kommenden Jahr für einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Dabei sind die Annahmen zum Wanderungsgeschehen mit Unsicherheit behaftet. Eine höhere Nettomigration könnte daher auch dem demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials stärker entgegenwirken.

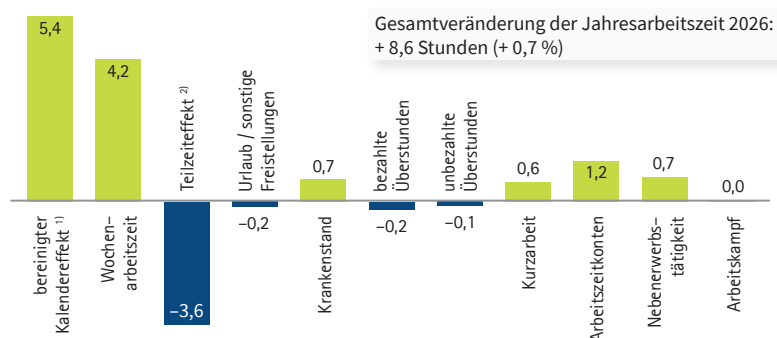
Teilzeittrend ungebrochen

Die Jahresarbeitszeit der Beschäftigten steigt in beiden Prognosejahren. Für das laufende Jahr rechnen wir angesichts der konjunkturellen Entwicklung insgesamt mit einer gedämpften Zunahme der Arbeitszeit um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, für 2026 mit einem stärkeren Anstieg um 0,7 Prozent auf im Jahresdurchschnitt 1.309 Stunden. Die meisten Komponenten verlängern die Arbeitszeit je Beschäftigten, allerdings in unterschiedlichem Maße (vgl. Abbildung A2).

A2

Beitrag der einzelnen Komponenten zur Entwicklung der Arbeitszeit je Beschäftigten im Jahr 2026

Effekt auf die Veränderung der Jahresarbeitszeit in Stunden



Anmerkung: Nicht jeder Komponentenbeitrag kann direkt aus der Tabelle T3 abgeleitet werden.

¹⁾ Arbeitstageeffekt plus Ausgleich für Kalendereinflüsse.

²⁾ Wirkung der Änderung des Teilzeitanteils an den Beschäftigten auf die Arbeitszeit.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand September 2025.

² Im Vergleich mit dem Statistischen Bundesamt (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_231_13.html) verwendet das IAB einen enger gefassten Begriff der Stillen Reserve.



Dr. Hermann Gartner
hermann.gartner@iab.de



Timon Hellwagner
timon.hellwagner@iab.de



Markus Hummel
markus.hummel@iab.de



Dr. Christian Hutter
christian.hutter@iab.de



Dr. Benjamin Lochner
benjamin.lochner@iab.de



Susanne Wanger
susanne.wanger@iab.de

2026 stehen aufgrund der Lage der Feiertage gut zwei potenzielle Arbeitstage mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Das führt zu einem positiven Kalendereffekt. Die tarifliche beziehungsweise betriebsübliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt gleichauf mit dem Vorjahr (vgl. Tabelle T3 auf Seite 11). Aufgrund des seit 2005 kontinuierlich sinkenden Anteils der Minijobs an allen Teilzeitbeschäftigungen (2026: 28,0 %) steigt die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten im Prognosezeitraum erneut leicht an, und zwar auf rund 18,9 Stunden im Jahr 2026. Im Schnitt aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 30,4 Stunden. Die tariflichen Urlaubsansprüche liegen in beiden Prognosejahren bei 29,6 Tagen.

Im Zuge des Wirtschaftsabschwungs hatte die Inanspruchnahme konjunkturell bedingter Kurzarbeit seit dem zweiten Halbjahr 2024 zugenommen, geht seit März 2025 nach vorläufigen Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit aber wieder zurück. Kurzarbeit dient in erster Linie der Überbrückung vorübergehender konjunktureller Nachfrageausfälle und ist nicht zur Bewältigung struktureller Schwierigkeiten geeignet – von denen aktuell viele Unternehmen betroffen sind. Das könnte ein Grund dafür sein, dass die Anzeigen von Kurzarbeit, die Betriebe vor deren Beginn stellen müssen, zuletzt weiter rückläufig waren. Die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeitenden wird im Durchschnitt des Jahres 2025 auf 200.000 Personen sinken. Da zudem im kommenden Jahr von einer stärkeren Konjunktur ausgegangen wird, rechnen wir mit einem Rückgang auf rund 130.000 im Jahr 2026. Zusammen mit Saison- und Transferkurzarbeit gehen wir von rund 300.000 Kurzarbeitenden im laufenden und von 230.000 im kommenden Jahr aus. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall beträgt dabei rund ein Drittel.

Die Autorin und die Autoren sind Mitarbeitende des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ im IAB. Prof. Dr. Enzo Weber ist Leiter dieses Forschungsbereichs.



Prof. Dr. Enzo Weber
enzo.weber@iab.de



Dr. Gerd Zika
gerd.zika@iab.de

Aufgrund der schwachen Auslastung in den Betrieben prognostizieren wir für das laufende Jahr einen Rückgang bei den bezahlten Überstunden (–0,4 Stunden) wie bei den unbezahlten Überstunden (–1,0 Stunden). Für das kommende Jahr ist im Durchschnitt mit einem schwächeren Rückgang von 0,2 Stunden bei den bezahlten und 0,1 Stunden bei den unbezahlten Überstunden zu rechnen. Die Entwicklung – gerade bei den klassischen bezahlten Überstunden – ist dabei von einem langjährigen rückläufigen Trend bestimmt (Hartl et al. 2025). Dazu hat auch der starke Anstieg der Teilzeitarbeit und der Rückgang von Beschäftigtengruppen, die bezahlte Überstunden leisten können, beigetragen. So ist mittlerweile ein großer Teil der zusätzlich geleisteten Stunden nicht bei den Überstunden erfasst, sondern fließt auf Arbeitszeitkonten. Die Guthaben werden nach einem Aufbau im laufenden Jahr (+1,8 Stunden) ebenfalls im Jahr 2026 wieder angesammelt werden (im Jahresdurchschnitt +3,0 Stunden). Das erhöht die Arbeitszeit 2026 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Stunden (vgl. Tabelle T3).

Der Anstieg des gemessenen Krankenstandsniveaus ab dem Jahr 2022 ist auf eine Reihe von Faktoren, vor allem die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, zurückzuführen (Wanger et al. 2024). Für 2025 erwarten wir einen leichten Rückgang der Krankenstandsquote auf 5,8 Prozent, die monatlichen Werte lagen zuletzt saisonbereinigt unter den Vorjahreswerten. Für das kommende Jahr rechnen wir ebenfalls mit einem leicht niedrigeren Krankenstand (5,7 %).

Die Mehrfachbeschäftigung steigt dem langfristigen Trend folgend auf 4,68 Millionen im laufenden und 4,77 Millionen Personen im kommenden Jahr. Damit liegt ihr Anteil an allen Beschäftigten 2026 bei 11,3 Prozent.

Aus diesen Arbeitszeitkomponenten und dem Verhältnis von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung bestimmt sich die Jahresarbeitszeit. Während die Vollzeitbeschäftigung in beiden Prognosejahren sinkt, wächst die Teilzeitbeschäftigung weiter kräftig. Die Teilzeitquote steigt in beiden Jahren um jeweils 0,5 Prozentpunkte und überschreitet in diesem Jahr erstmals die 40-Prozent-Marke. Im kommenden Jahr wird sie bei 40,5 Prozent liegen.

Die Arbeitszeit der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen nimmt in beiden Prognosejahren ab, da auch in dieser Gruppe die

Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten 2019 bis 2026

			2019	2020	2021	2022	2023	2024	Prognose		
									2025	2026	
A. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN)											
Personen	Beschäftigte AN	1.000	41.145	40.927	41.097	41.767	42.148	42.283	42.332	42.354	
	darunter: Vollzeit	1.000	25.238	25.134	25.231	25.517	25.633	25.573	25.383	25.205	
	reguläre Teilzeit	1.000	10.687	10.879	11.102	11.450	11.643	11.861	12.118	12.343	
	marginal Beschäftigte ¹⁾	1.000	5.220	4.913	4.764	4.800	4.873	4.849	4.830	4.805	
	Teilzeitquote	%	38,7	38,6	38,6	38,9	39,2	39,5	40,0	40,5	
	Mehrfachbeschäftigte ²⁾	1.000	4.001	3.937	4.058	4.309	4.492	4.595	4.678	4.774	
Arbeitszeitkomponenten und - effekte	Kalendertage	Tage	365	366	365	365	365	366	365	365	
	Samstage und Sonntage	Tage	104	104	104	105	105	104	104	104	
	Feiertage	Tage	12,2	9,5	7,7	8,2	10,6	12,2	11,9	9,4	
	Potenzielle Arbeitstage	Tage	248,8	252,5	253,3	251,8	249,4	249,8	249,1	251,6	
	Wochenarbeitszeit Vollzeit	Std.	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	
	Teilzeit	Std.	17,6	17,9	17,9	18,1	18,3	18,5	18,7	18,9	
	Wochenarbeitszeit (alle Beschäftigten)	Std.	30,2	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	
	Tarifliche / betriebsübliche Arbeitszeit	Std.	1.505,2	1.533,1	1.539,2	1.529,4	1.515,5	1.518,7	1.513,5	1.529,2	
	Urlaub und sonstige Freistellungen	Tage	31,0	32,5	32,2	31,9	31,0	31,0	31,0	31,0	
	darunter tariflicher Regelurlaub	Tage	29,6	29,5	29,6	29,7	29,7	29,7	29,6	29,6	
	Krankenstand ³⁾ der Personen	%	4,40	4,44	4,43	5,87	6,07	5,93	5,80	5,70	
	Krankenstand in Arbeitstagen	Tage	10,9	11,2	11,2	14,8	15,2	14,8	14,5	14,3	
	Krankenstand in Arbeitsstunden	Std.	66,2	68,1	68,1	89,8	92,1	90,1	87,8	87,1	
	Effektive Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand	Tage	206,9	208,8	209,9	205,2	203,3	204,0	203,6	206,2	
	Bezahlte Überstunden je AN	Std.	17,1	14,0	14,4	18,4	13,4	12,0	11,5	11,3	
	Bezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	702	574	592	767	565	505	488	479	
	Unbezahlte Überstunden je AN	Std.	21,7	18,1	21,7	19,6	18,8	16,5	15,5	15,4	
	Unbezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	893	741	894	817	792	698	656	651	
	Saldenveränderung Arbeitszeitkonten	Std.	- 3,9	- 8,3	- 0,5	- 3,0	+ 0,1	- 1,8	+ 1,8	+ 3,0	
	Kurzarbeitende	1.000	145	2.939	1.852	426	241	298	295	226	
	Arbeitsausfall je Kurzarbeitenden	%	36,0	40,6	48,0	39,5	33,2	31,3	32,9	34,8	
	Arbeitsausfall je Kurzarbeitenden	Std.	489,9	557,2	660,3	530,5	441,1	416,5	437,0	467,0	
	Ausfallvolumen	Mio.Std.	71	1.637	1.223	226	106	124	129	106	
	Kurzarbeitseffekt	Std.	1,7	40,0	29,8	5,4	2,5	2,9	3,1	2,5	
	Ausfall durch Arbeitskampf	Std.	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	
	Ausgleich für Kalendereinflüsse	Std.	+ 7,0	- 7,4	- 10,4	- 4,6	+ 4,5	+ 3,1	+ 5,9	- 3,8	
	Tatsächliche Jahresarbeitszeit	Arbeitszeit Voll- und Teilzeit	Std.	1.291,6	1.244,3	1.270,7	1.271,0	1.269,3	1.266,8	1.268,8	1.276,7
		Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,5	- 3,7	+ 2,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6
		Arbeitsvolumen	Mio. Std.	53.143	50.925	52.222	53.086	53.498	53.564	53.711	54.073
		Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,7	- 4,2	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7
Arbeitszeit Vollzeit		Std.	1.626,1	1.558,8	1.595,5	1.596,4	1.593,3	1.588,5	1.591,7	1.601,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	- 0,6	- 4,1	+ 2,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,6	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	41.039	39.180	40.255	40.736	40.841	40.624	40.401	40.371	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,3	- 4,5	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,1	
Arbeitszeit Teilzeit		Std.	760,8	743,9	754,2	760,1	766,3	774,3	785,2	799,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,4	- 2,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,8	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	12.102	11.748	11.966	12.351	12.656	12.938	13.309	13.701	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 2,0	- 2,9	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,0	
Arbeitszeit in Nebenjobs		Std.	297,8	279,5	285,3	290,9	286,1	285,6	287,6	288,3	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	1.191	1.100	1.158	1.254	1.285	1.312	1.345	1.376	
Nebenerwerbstätigkeitseffekt		Std.	29,0	26,9	28,2	30,0	30,5	31,0	31,8	32,5	
Arbeitszeit einschl. Nebenjobs		Std.	1.320,5	1.271,2	1.298,8	1.301,0	1.299,8	1.297,8	1.300,6	1.309,2	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	- 0,4	- 3,7	+ 2,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	54.333	52.028	53.379	54.340	54.782	54.874	55.055	55.448	
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,8	- 4,2	+ 2,6	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	
Nachrichtlich: Arbeitstageeffekt		%	- 0,0	+ 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 0,9	+ 0,1	- 0,3	+ 1,0	
Tägliche Arbeitszeit	%	- 0,4	- 5,2	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,9	- 0,3	+ 0,5	- 0,3		
B. Selbstständige und Mithelfende											
Personen	1.000	4.146	4.039	3.944	3.862	3.787	3.704	3.660	3.621		
Arbeitszeit	Std.	1.883,4	1.742,6	1.782,8	1.801,3	1.772,8	1.752,0	1.729,5	1.716,6		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,1	- 7,5	+ 2,3	+ 1,0	- 1,6	- 1,2	- 1,3	- 0,7		
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	7.809	7.038	7.032	6.957	6.714	6.490	6.330	6.215		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 3,0	- 9,9	- 0,1	- 1,1	- 3,5	- 3,3	- 2,5	- 1,8		
C. Erwerbstätige											
Personen	1.000	45.291	44.966	45.041	45.629	45.935	45.987	45.992	45.974		
Arbeitszeit	Std.	1.372,0	1.313,6	1.341,2	1.343,4	1.338,8	1.334,4	1.334,7	1.341,3		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,6	- 4,3	+ 2,1	+ 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5		
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	62.141	59.066	60.410	61.297	61.496	61.364	61.385	61.663		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,3	- 4,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,5		

¹⁾ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sog. 1-Euro-Jobs, werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den „marginal Beschäftigten“ zusammengefasst.

²⁾ Mehrfachbeschäftigte sind Personen, die zeitgleich in mehr als einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Dies können z. B. sein: Beschäftigte mit mindestens einer weiteren sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigung bzw. geringfügigen Beschäftigung.

³⁾ Die schrittweise Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab 1.1.2022 führt nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums zu einer vollständigeren Erfassung der Arbeitsunfähigkeit bei weniger schweren Fällen, da zuvor versichertenseitig wenig Anreiz bestand, kurze Arbeitsunfähigkeiten an Krankenkasse zu melden (Wanger et al. 2024).

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand September 2025. Aktualisierung der Zeitreihen ab 2021 im Rahmen der VGR-Sommerrechnung 2025.

Teilzeitarbeit deutlich an Bedeutung gewonnen hat. In der Summe steigt die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen in diesem Jahr auf 1.335 Stunden (+0,02 %) und im kommenden Jahr auf 1.341 Stunden (+0,5 %). Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – das Produkt aus durchschnittlicher Arbeitszeit und Erwerbstätigenzahl – nimmt bei nahezu stagnierenden Erwerbstätigenzahlen im laufenden Jahr auf 61,38 Milliarden Stunden (+0,03 %) und im kommenden Jahr auf 61,66 Milliarden Stunden (+0,5 %) zu.

Für das Jahr 2025 erwarten wir bei einem Anstieg des BIP um 0,2 Prozent einen leichten Zuwachs der Stundenproduktivität (0,1 %, vgl. Tabelle T1). Bei einem BIP-Anstieg um 1,1 Prozent und einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden um 0,5 Prozent wächst die Stundenproduktivität im kommenden Jahr mit 0,7 Prozent wieder kräftiger.

Fazit

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Erneuerungskrise. Die Investitionen sinken seit Jahren, in der Industrie gibt es so wenig Neugründungen wie noch nie und die Stellenmeldungen sind schwach (Schnitzer/Weber 2024). Unter anderem durch die US-Zollpolitik geraten zudem exportorientierte Geschäftsmodelle unter Druck.

Deshalb kommt es auf eine durchgreifende wirtschaftliche Erneuerungspolitik an. Das angekündigte Finanzierungspaket hat einen Umfang, der stärkere Konjunktoreffekte auslösen kann. Entscheidend ist aber die Ausgestaltung, um eine möglichst hohe Wachstumswirkung über mehr Wettbewerb und Innovation sowie über die Weiterentwicklung von Arbeitskräften zu erreichen (Schnitzer/Weber 2025).

Auch mit Blick auf die Außenwirtschaft müssen neue Märkte und Geschäftsmodelle erschlossen werden. So wäre es möglich, durch eine Halbierung der Zölle mit dem Rest der Welt die Verluste infolge des 15-prozentigen US-Zolls zu kompensieren (Schneemann et al. 2025). Zudem muss die hei-

mische Produktion und Nachfrage vor allem durch Transformationsinvestitionen gestärkt werden.

Währenddessen zieht die Verknappung am Arbeitsmarkt an. Erstmals wird das Ausscheiden der Babyboomer auch aufgrund rückläufiger Nettomigration nicht mehr vollständig ausgeglichen. Neben einem Abbau der Arbeitslosigkeit ist deshalb Fachkräftesicherung (Hellwagner et al. 2022) wichtiger denn je. Mittelfristig ist beides entscheidend, damit Wachstumsimpulse der Fiskalpakete voll zur Geltung kommen können.

Literatur

- Bhakdi, Lara; Warning, Anja; Weber, Enzo; Yilmaz, Yasemin (2025): Im Chaos der Zollkonflikte: Ein Zwischenstand. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 105, H. 9.
- Hartl, Tobias; Wanger, Susanne; Warning, Anja; Weber, Enzo (2025): [Zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit: Höchststand von 473 Millionen Stunden auf Kurzarbeitkonten](#). IAB-Kurzbericht Nr. 12.
- Hellwagner, Timon; Söhnlein, Doris; Wanger, Susanne; Weber, Enzo (2022): [Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt](#). In: IAB-Forum, 21.11.2022.
- Hutter, Christian; Carbonero, Francesco; Klinger, Sabine; Trenkler, Carsten; Weber, Enzo (2022): Which factors were behind Germany's labour market upswing? A data-driven approach. Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Jg. 84, H. 5, S. 1052–1076.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2025): [Konjunktur und Transformation: die kritische Gemengelage am Arbeitsmarkt](#). In: IAB-Forum, 23.1.2025.
- Klinger, Sabine; Weber, Enzo (2020): GDP-Employment Decoupling in Germany. Structural Change and Economic Dynamics, 52, S. 82–98.
- Schneemann, Christian; Mönnig, Anke; Maier, Tobias; Weber, Enzo; Zenk, Johanna; Zika, Gerd (2025): [Die Auswirkungen von Zöllen der USA auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland](#). IAB-Forschungsbericht Nr. 9.
- Schnitzer, Monika; Weber, Enzo (2025): [Pro-kompetitive Industriepolitik für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft](#). Perspektiven der Wirtschaftspolitik, DOI:10.1515/pwp-2025-0019.
- Schnitzer, Monika; Weber, Enzo (2024): So kommt Deutschland wieder aus der Krise. Schluss mit dem Abstiegskampf. Der Spiegel, 18.12.2024.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2025): Berichte: [Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt](#), Nürnberg, August 2025.
- Wanger, Susanne; Hartl, Tobias; Hummel, Markus; Yilmaz, Yasemin (2024): [Überarbeitung der IAB-Arbeitszeitrechnung im Rahmen der Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen](#). IAB-Forschungsbericht Nr. 20.